

HELGE MEVES

Das Selbstverständnis der PDS, der Neoliberalismus und die Mitte-Unten-Optionen

Nicht erst seit der jüngsten Krise ist es noch schwieriger geworden, die PDS zu verstehen. Eine emotionalisierende, ideologisierende und personalisierende Debatte um die Gründe der rapiden Negativentwicklung, die schon mit der Wahlniederlage offenbar geworden waren, und die Frage, welche Aufgabe die PDS ohne Fraktion im Bundestag künftig in der Gesellschaft wahrnehmen soll, bestimmt die Debatte seit der Niederlage. Der Parteitag am 12./13. 10. 2002 in Gera stellte den ersten, die jetzige Kalamität wahrscheinlich nicht den letzten Höhepunkt dar. Die Akteure von Gera wie auch die Kommentatoren reden von einer Richtungsdiskussion, wenn nicht gar -entscheidung. Momentaufnahmen, strategische Bemerkungen wie auch harsche Abschlußzeugnisse ergeben ein verwirrendes Bild.

Die PDS fragmentiert sich in diesen aufreibenden Debatten in Netzwerke, Blöcke und Gruppen und einzelne Protagonisten, die je für sich ihre eigenen Positionen zu klären suchen. Probleme werden neu gestellt; die Lösungen fallen entsprechend vielfältig aus. Die sich in diesem Prozeß ausdifferenzierenden Positionen sperren sich in immer stärkerem Maße gegen idealtypische Zusammenfassungen in Strömungen wie Reformen oder Traditionalisten. Das alles zeigt Defizite der Vergangenheit an. Es dokumentiert aber auch das vorhandene sowie fehlende Potential und ist damit zugleich eine Standortbestimmung und eine Chance. Schließlich kann so auch die Auseinandersetzung mit zentralen Themen gesucht werden – ohne der Verlockung von Sammeleinschätzungen zu erliegen.

Die PDS im Parteienstaat

Die PDS ist eine Partei. Als Partei muß sie über alle Fähigkeiten verfügen, die Parteien in der Bundesrepublik nutzen können. Sie muß zur Willensbildung in der Gesellschaft beitragen können, und sie muß parlamentarisch handlungsfähig sein, opponieren, tolerieren und koalieren können. Inwieweit eine Partei aber von ihren Möglichkeiten Gebrauch macht und wie sie selbst diese Möglichkeiten zu erweitern sucht, hängt von ihrem Politik- und Parteiverständnis ab. Der zuweilen an die PDS herangetragene Anspruch, die PDS solle eine Partei wie die anderen Bundestagsparteien werden, greift hier zu kurz. Er setzt eine alles in allem ansehnliche Parteienlandschaft voraus, in der die PDS keck aber ansehnlich anzukommen hat. Auszugehen ist dagegen davon, daß das Ansehen der Parteien seit Jahrzehnten im Verfall begriffen und eine Trendwende nicht auszumachen ist: »Unsere Befunde deuten darauf hin, daß sich die etablierten Parteien drauf ein-

Helge Meves – Jg. 1961; Schriftsetzer, Philosoph und Soziologe.
Der Essay wurde angeregt durch Horst Dietzel: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei, in: UTOPIE kreativ, Heft 149 (März 2003).
Zuletzt in UTOPIE kreativ: Der Dampfmaschinenkapitalismus und das Kommunikationsmedium Internet, Heft 137 (März 2002)

1 Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans: Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977 bis 1999 in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard: Parteien-demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 502 f.

richten müssen, auch in Zukunft mit weniger quasi automatisch gewährter Zustimmung und Loyalität zu leben als sie das bis in die 80er Jahre hinein gewohnt waren.¹

Die Volksparteien CDU/CSU und SPD können diese Krise unter Einsatz ihrer personellen, strukturellen und nicht zuletzt finanziellen Ressourcen überspielen. Den zunehmenden Mangel an Lösungsstrategien und -vermögen kompensieren sie mit einer nahezu flächendeckenden Präsenz in der Gesellschaft. Mögen sie auch immer seltener etwas zu sagen haben, kommt man doch nirgendwo um sie herum. Die kleineren Parteien verfügen nicht über diese Ressourcen. Imitierten sie die Kompensationsversuche der Volksparteien ohne deren Mittel, würden die Konfliktlinien an ihnen selbst deutlich und sie als Teil des Problems identifiziert werden. Auch die PDS kann sich nicht in diese defizitäre Parteienlandschaft einpassen, ohne selbst ihre Identität aufzugeben. Das gilt für sie um so mehr, als sie als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien die gegenwärtige Gesellschaft nicht für die letzte oder gar beste aller Welten hält – und sie also weitergehenden Ansprüchen genügen muß. Das sie das praktisch vermag, belegen die Ansätze und Traditionen, über die sie bereits verfügt. Die Repolitisierung der Gesellschaft kann durch eine Verstärkung der Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements erreicht werden. Das reicht vom traditionellen Engagement der PDS in der Volkssolidarität und Mietervereinen über neue soziale Bewegungen bis zu Formen des partizipativen Haushaltes. Dazu gehört, daß der Anspruch dieses zivilgesellschaftlichen Engagements auf eine politische Gestaltung gegen den Monopolanspruch der Parteien, wie auch der PDS selbst, gestärkt wird. Eine höhere Bindung der Wähler, Sympathisanten und Mitglieder setzt höhere Ansprüche an die moralische Integrität der PDS voraus. Hier kann auf die Positionen ihrer letzten Bundestagsfraktion zum Parteienspendengesetz und die leider noch offenen Diskussionen um einen Kodex für ihre Parlamentarier und Funktionäre zurückgegriffen werden. Die diffuse Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Gesellschaft schließlich kann und sollte die PDS verarbeiten, soweit dies im Rahmen ihrer eigenen kritischemanzipatorischen Positionen möglich ist. Die PDS muß ihren Platz in der Parteienlandschaft selbst bestimmen; aus ihren spezifischen Aufgaben und Möglichkeiten folgt, daß sie über ihre Ansätze und Traditionen hinaus ein neues Potential erschließen muß.

Exkurs: Parteiorganisationen in der Krise

Die Krise des Parteienstaates, in dem die PDS zusammen mit allen anderen Parteien agiert, ist auch eine Krise der traditionellen Organisationsvorstellungen der Parteien². Die Bindungen an die Parteien sind schwächer geworden. Die Anzahl der Parteimitglieder nimmt sukzessive ab, was insbesondere eine Folge des stark zurückgehenden Anteils jüngerer Neumitglieder ist. Der Status der Sympathisanten ist unklar, was diesen die Mitarbeit erschwert. Die Anzahl der sogenannten Wechselwähler nimmt sukzessive zu; mit den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen 2003 ist das Ausmaß dieser Veränderungen auch in den alten Bundesländern offensichtlich geworden. Ähnliche Veränderungen in der Mitgliedschaft stellen Gewerkschaften und Kirchen fest. Es handelt sich hierbei um eine »grundlegende

2 Dörner, Andreas: Diagnosen und Prognosen zum Kontextwandel parteipolitischen Handelns in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 4/2002, S. 759 ff.; Poguntke, Thomas: Parteiorganisation im Wandel, Wiesbaden, 2000; Raschke, Jürgen: Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt am Main, 2002

Schwächung traditioneller, auf kollektiver Identität basierender, Interessenorganisationen³.

Für die Lockerung der Parteienbindung werden weitgehend übereinstimmend mehrere Gründe festgestellt. Die Lebensläufe differenzieren sich aus, die Parteien erhalten durch neue soziale Bewegungen zunehmend Mitbewerber und die Formen der Massenkommunikation wandeln sich. Schließlich können, wie bereits ausgeführt, die Ansprüche an die Parteien durch diese nicht erfüllt werden. Die Ausdifferenzierung der Lebensläufe ist eine Folge des wachsenden Bildungsniveaus, der individuelleren bis hin zu heterogeneren Wertorientierungen, der vielfältigeren sozialen und Kommunikationserfahrungen sowie der Flexibilisierung der Arbeitswelt. Die weitgehend traditionalistischen Parteioorganisationen haben hier strukturelle Nachteile, die sie insbesondere für jüngere politisch Engagierte weniger attraktiv erscheinen läßt. Gegen deren Suche nach Freiräumen der Selbstbestimmung und -entfaltung, in denen hedonistische Motive mit politisch sinnhaftem Tun verbunden werden können, bieten sie Erstarrung, überbürokratisierte Abläufe, innerparteiliche Partizipationsgefälle⁴ und hohe, teils dem Parteiengesetz geschuldete, Einstiegshürden. Politikapparatypische hochgradig persönliche statt sachlicher Abhängigkeiten kommen hinzu. Abhängig vom Grad der Verkarstung gilt für jede Partei, was Wilhelm Hennis 1997 ohne jede Häme ins Stammbuch Helmut Kohls schrieb: »Es fing mit ›Männerfreundschaft‹ an. Wo Distanz ein Merkmal jeder Hierarchie- und Ämterordnung ist, herrscht nun ›Kameradschaft‹, ›Dankbarkeit‹ oder das Gegenteil davon, dünnhäutiges Mißtrauen, Abtaxieren, ob man mit jemand kann oder nicht: Über-den-Tisch-Ziehen, Ins-Abseits-Stellen, Aus-dem-Spiel-nehmen, Draufhauen«⁵. In dieser Wettbewerbssituation werden selbst temporäre soziale Bewegungen immer attraktiver. Sie profitieren dabei auch davon, daß sie in Folge ihrer dynamischeren Organisationsformen mit den sich immer schneller wandelnden Kommunikationsformen und -moden Schritt halten können. Das politische Interesse bei den Jüngeren findet so keinen Weg in die Parteien; bemerkenswert ist, daß ihnen selbst die Bundeswehr, Polizei und Unternehmerverbände vertrauenswürdiger sind als die Parteien⁶. Nicht Politik- sondern Parteienmüdigkeit ist der Name für diese Tendenz. Der Wandel der Kommunikationsformen und -moden ist gleich aus zwei Gründen folgenreich. In den letzten 20 Jahren hat sich Anzahl der empfangbaren Fernsehsender in der Bundesrepublik verzehnfacht, im für die PDS wichtigen Sachsen seit 1990 gar vierzigfacht. Den gleichen Trend gibt es bei Radiosendern, Zeitschriften und Zeitungen. Der Pluralisierung der Informationsmöglichkeiten folgt die Pluralisierung der Informationsgewohnheiten. Damit schwindet die traditionelle Möglichkeit der Themensetzung, Einflußnahme und Kontrolle der Medien durch die Parteien. Die Medien selbst gestalten ihre Programme auf dem deregulierten Medienmarkt unter dem Gesichtspunkt der Refinanzierung der Medienprogramme. Diese Medienprogramme entstehen im Spannungsfeld von Programmpolitik und Programmfinanzierung unter dem zusätzlichen Anspruch, zugleich Werbeumfeld für die Werbung treibenden Unternehmen zu sein. Entertainment und Politik gehen ineinander über, verändern sich gegenseitig und schaffen neue Formen des Politainments⁷, die eben an neuere Kommunikationsformen anknüpfen. Parallel zu dieser Ent-

3 Poguntke, Thomas: Parteiorganisation im Wandel, Wiesbaden, 2000, S. 50

4 Dörner, Andreas: Diagnosen und Prognosen zum Kontextwandel parteipolitischen Handelns in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 4/2002, S. 761

5 Hennis, Wilhelm: Totenrede des Perikles auf ein blühendes Land, in: F.A.Z. vom 27.09.1997, zit. nach: Auf dem Weg in den Parteienstaat. Aufsätze aus vier Jahrzehnten, RUB 9724, Stuttgart, 1998, S. 160

6 z. B.: Jugend '97. 12. Shell Jugendstudie, Opladen, 1997, S. 298; Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen, 2000, S. 271; Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie, Frankfurt am Main, 2003, S. 105

7 Dörner, Andreas: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main, 2001

8 Tapscott, Don: NetKids. Die digitale Generation erobert Wirtschaft und Gesellschaft [engl. 1998], Wiesbaden, 1998, insbes. S. 103 ff.

wicklung in den klassischen Medien verändern sich die Kommunikationsmöglichkeiten mit den neuen Medien. Die Kommunikation wird gegenseitig, schneller sowie unvermittelter aber auch unverbindlicher. Ein Ergebnis davon ist, daß die Nutzer dieser Kommunikationsmöglichkeiten kompetenter und argumentativer, offener und toleranter, selbstbewußter und anspruchsvoller⁸ werden – und das sie dies bei der Kommunikation mit Parteien ebenso voraussetzen. Die traditionelle Parteipolitik wird mit den veränderten Voraussetzungen und dem schnellen Wandel in den Medien Schritt halten müssen, oder das Agendamanagement in den Medien findet ohne die Parteien statt.

Bundespolitisch ist die PDS seit der Abwahl ihrer Bundestagsfraktion kaum mehr wahrnehmbar. Dies, wie auch der interne Zustand der PDS, sind die Gründe dafür, daß der Parteireform der PDS eine so hohe Bedeutung zukommt. Weil die PDS keine Bundestagsfraktion mehr hat und weil sich die PDS als sozialistische Partei von den anderen Bundestagsparteien mit einem geringeren Anspruch in der Gesellschaft unterscheidet, ist sie stärker gefordert. Die Verfaßtheit ihrer Organisation und ihre Art der Politik muß ihrem inhaltlichen Anspruch angenähert werden. Sie muß transparenter und argumentativer, kulturvoller und sinnlicher werden. Und sie muß schließlich das Fehlen der Bundestagsfraktion zu kompensieren versuchen – wenn sie gegen ihre parteipolitischen Konkurrenten bestehen soll. Gewinnen kann sie die Menschen mit Glaubwürdigkeit, der Art, wie sie Politik macht; überzeugen kann sie mit den besseren Konzepten und Lösungen.

Probleme des Begriffs Neoliberalismus

Wie die PDS als Partei agieren kann, ist ohne eine Verständigung über die geistig-kulturelle Bedeutung des Neoliberalismus nicht möglich. Darum verwundert es nicht, daß die Verwendung des Begriffes des Neoliberalismus in der PDS in der Kritik steht. Diese Kritik trifft insofern ein Problem, als die Ideologie des Neoliberalismus als wesentlich geschlossener und einheitlicher erscheint, als sie in der Praxis wie auch der Theorie ist. Die Kritik sitzt hier aber zum einen der PR-Strategie des Neoliberalismus auf, der die erheblichen internen Differenzen aus der öffentlichen Diskussion heraushält⁹. Weiter ebnet der moralisch-politische Impetus der globalisierungskritischen Bewegungen Berge und Schluchten zuweilen bis zur Unkenntlichkeit ein. Gravierende volkswirtschaftliche und philosophische Fragen sowie Unterschiede in den mannigfaltigen Denkschulen werden in einigen populären globalisierungskritischen Büchern übersprungen oder verklärt. In einem diese Bewegungen vor sieben Jahren initiiertem Text etwa ist zu lesen: »Wir leben im Zeitalter des Liberalismus, der sein Denksystem durchsetzen konnte, ohne es je wirklich zu formulieren, als Doktrin erarbeiten zu müssen. So verinnerlicht und wirksam war er, noch bevor man ihn zu erkennen vermochte. Er schaffte damit ein autoritäres, im Grunde totalitäres System, das sich im Augenblick jedoch noch in der Demokratie versteckt hält. Er ist noch gemäßigt, beherrscht und diskret und darauf bedacht, keine Aufsehen zu erregen. Wir befinden uns in der Gewalt der Stille.«¹⁰

9 Walpen, Bernhard: Von Igel und Hasen oder ein Blick auf den Neoliberalismus in: UTOPIE kreativ, Heft 121/122 (November/Dezember 2000) S. 1075 f.

10 Forrester, Viviane: Der Terror der Ökonomie [frz. 1996] München, 1997, S. 66; Differenzierter ist sie dagegen in: Die Diktatur des Profits [frz. 2000], München, 2001, S. 14, 18

Neben dem ernstzunehmendem theoretischen Anspruch und den Differenzen innerhalb der Ideologie des Neoliberalismus ist weiter einzurechnen, daß die Durchsetzung des Neoliberalismus in Folge der

politischen, kulturellen und ökonomischen Differenzen zwischen den Ländern zu unterschiedlichen Ergebnissen führte und führt. Deshalb ist eine Zurechnung von praktischen Folgen zu den Absichten der Akteure schwierig. In Großbritannien etwa sind die Differenzen zwischen der Ideologie der Neoliberalen und den praktischen Ergebnissen ihrer Politik den damaligen Protagonisten geradezu peinlich: der britische Staatsapparat nutzte am Ende der neoliberalen Wende nicht weniger ökonomische Ressourcen, als in den siebziger Jahren; die Steuerbelastung der meisten Familien war in dieser Zeit gar gestiegen¹¹.

Schließlich wird die neoliberale Ideologie von der aktuellen Politik der USA sukzessive durch eine Politik überlagert und ersetzt, die nicht deckungsgleich mit den neoliberalen Bemühungen von WTO und IWF ist und in der gegenwärtigen Praxis ein American Empire¹² mit klassisch imperialer Autorität zu etablieren sucht.

Die Kritik trifft auch insofern eine wesentliche Positionsbestimmung der PDS zum Geraer Parteitag¹³, weil dort zwar schon zwischen »Neoliberalismus ›pur‹« und einem »›Dritten Weg‹« der gegenwärtigen Sozialdemokratie unterschieden wird, diese Unterscheidung für eine politische Positionsbestimmung der PDS aber zu knapp ausfällt. Etwas genauer ist die mittlerweile im neuen Programmentwurf der PDS enthaltene Formulierung von einem »Spagat zwischen Anpassung an das Diktat der Weltmärkte und modernisierter Teilbewahrung ursprünglicher sozialdemokratischer Werte«.¹⁴ Ob wegen der genannten Probleme nun aber der Begriff des Neoliberalismus ad acta zu legen ist, ist von seiner Bedeutung in der politisch-philosophischen Diskussion her zu entscheiden.

Zur Verteidigung des Begriffs Neoliberalismus

Die Verwendung des Begriffs Neoliberalismus hat sich in den letzten Jahren in Europa als Kennzeichnung für eine neue Ideologie eingebürgert; synonym wird in der Vereinigten Staaten von Neokonservatismus und Washingtoner Konsens, im französischen Sprachraum vom *pensée unique* und generell vom *laissez-faire*-Kapitalismus gesprochen. Das Präfix »Neo« nimmt eine Abgrenzung zum traditionellen Liberalismus vor. Im Unterschied zu diesem versteht er seine Vorstellungen der negativen Freiheiten von der Ökonomie her und dehnt er sie von dort her auf die gesamte Gesellschaft aus. Der freie Markt ist der Anfangs- und Endpunkt; er gilt als die Möglichkeit, daß größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl zu erreichen. Die zentralen Forderungen dieser Ideologie sind freier Handel mit Produkten und Dienstleistungen, freie Kapitalzirkulation und freie Investitionspolitik. »Frei« meint hier im Sinne negativer Freiheiten frei von allen Auflagen und Einschränkungen, seien es politische Regelungen von Nationalstaaten, Staatenverbänden oder auch präkapitalistischer Clans. Die politischen Regelungen in diesem Sinne sind soziale, ökologische und politische Vorstellungen zur Gestaltung der Gesellschaft. Die klassische Debatte in der Volkswirtschaftslehre um »Freihandel oder Schutzzoll?« ist der historische Ansatzpunkt. Soweit steht diese Ideologie noch in der Tradition des klassischen Liberalismus. Während aber der von Verteidigern und Kritikern der neoliberalen Ideologie zu unrecht in Anspruch genommene Adam Smith zum Beispiel noch eine politische Gestaltung der Gesellschaft für erforderlich hielt, er etwa

11 Gray, John: Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen [engl. 1998] Berlin, 1999, S. 39 f.

12 Rilling, Rainer: Outbreak. Let's take Over. ›American Empire‹ als Wille und Vorstellung. URL: <http://www.rainer-rilling.de/texte/american%20empire.pdf>; Update 22.04.03 von ›American Empire‹ als Wille und Vorstellung. Die neue große Strategie der Regierung Bush, rls-Standpunkte 09/2002, Berlin 2002

13 Brie, André/Brie, Michael/Chrapa, Michael: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS, Berlin 2002, rls Standpunkte 07/2002, S. 9

14 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Entwurf 22.02.03, Abschnitt II, 4

15 Smith, Adam: *The Wealth of Nations*, Bk. IV, Ch. II, [1776] Ed. Reich/Cannan, New York 2000, p. 492

16 ebenda, p. 501

17 Mühlbauer, Peter: *Kapitalismus und Freiheit. Die Wiener Schule der Volkswirtschaft und ihre amerikanischen Schüler in: Telepolis. Magazin für Netzkultur vom 13.12.2000* URL: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/libi/4477/1.html>

18 Rand, Ayn: *Mans Right in: Capitalism: The Unknown Ideal* New York, 1967, p. 328

19 Jeske, Jürgen: *Die Welt braucht mehr freien Handel in: F.A.Z. vom 13.06.2002*

20 Gray, John: *Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen* [engl. 1998] Berlin, 1999, S. 274 ff.

21 Stiglitz, Joseph: *Der Schatten der Globalisierung* [engl. 2002] Berlin, 2002, S. 8

22 ebenda, S. 12

23 ebenda, S. 246

Schutzzölle und komplette Handelsverbote Großbritanniens gegen die nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben überlegene holländische Handelsflotte verteidigte¹⁵ und die vollständige Wiederherstellung des Freihandels in Großbritannien schon damals so »absurd« vorkam, wie die Gründung eines »Oceana« oder »Utopia«¹⁶ dort selbst, verläßt der Neoliberalismus in dieser Hinsicht seine Tradition. Neu ist im Neoliberalismus, daß sich der Mensch aus Gründen der Bewahrung seiner Freiheit der marktbestimmten gesellschaftlichen Evolution anvertrauen muß. Die nicht nur durch ihre radikalen und originellen Positionen schillernde und mit ihren teils verfilmten Romanen in den Vereinigten Staaten sehr wirkungsmächtige Ayn Rand¹⁷ spricht aus, was danach von den liberalen Bürger- und Menschenrechten bleibt: »Das ist die Konstellation bei einer der aktuell entscheidendsten Fragen: politische Rechte stehen gegen ökonomische Rechte. Die Frage ist Entweder-Oder. Das eine Recht zerstört das andere. Aber es gibt in Wirklichkeit gar keine »ökonomischen« Rechte, »gemeinschaftlichen« Rechte und »öffentlichkeitsrelevanten« Rechte. Der Ausdruck »individuelle« Rechte ist überflüssig: es gibt keine andere Art von Rechten als individuelle und niemand sonst kann diese Rechte besitzen. Diejenigen, die den laissez-fair-Kapitalismus verteidigen, sind die alleinigen Verteidiger der Menschenrechte.«¹⁸ Der Neoliberalismus ist eine politische Anti-Politik. Die Frage »Schutzzoll oder Freihandel?« etwa kann danach nicht mehr ernsthaft gestellt werden. Auch der imperialen Politik der USA werden zum Beispiel ihre Einfuhrzölle für europäischen Stahl und kanadisches Holz als ein Verrat gegen den neoliberalen Konsens vorgeworfen: »Die Vereinigten Staaten haben damit gefährliche Präzedenzfälle geschaffen... Dem Freihandel droht heute Gefahr von zwei Seiten: von den Protektionisten und den Globalisierungsgegnern.«¹⁹

Den Durchbruch zur dominierenden Ideologie erreichte der Neoliberalismus Anfang der 70er Jahre mit den Wirtschaftsnobelpreisen für Friedrich August von Hayek 1974 und Milton Friedmann 1976 sowie den ersten neoliberalen Großexperimenten an den Menschen im Chile Pinochets ab 1975 und im Großbritannien Thatchers ab 1979. Die Ideen und Erfolge des Neoliberalismus können mit einem Blick auf die Bilanzen seiner Dissidenten nachgezeichnet werden. John Gray, ehemals Cheftheoretiker Margret Thatchers, spricht in seiner Analyse von einer »Ideologie des Laissez-faire«, die »bestenfalls ein Anachronismus« sei²⁰. Joseph Stiglitz, bis 2000 Senior Vice President der Weltbank, resümiert aus seiner Praxis der Entscheidungsfindung im Weißen Haus und danach bei der Weltbank sowie aus seiner Analyse der Folgen der getroffenen wirtschaftspolitischen Vorgaben, »daß viele Entscheidungen ideologisch oder interessenpolitisch motiviert sind«²¹, »das es weder auf ökonomische noch auf politische Rationalität ankommt«²² und das diese Entscheidungen »allzu oft mehr den Interessen in den Industriestaaten – genauer: bestimmten Partikularinteressen in diesen Ländern – als denen der Dritten Welt diene«²³.

Danach ist es angemessen, beim Neoliberalismus von einer Ideologie zu sprechen, dessen Wurzeln in der liberalen Gesellschaftsutopie negativer Freiheiten, respektive Bürger- und Menschenrechte, von einem ökonomistischen Gesellschafts- und Menschenbild überdeckt werden. Als politisches Modell für die ganze Welt wird er seit dem

Ende des zweiten Weltkrieges mit einem außerordentlichen Aufwand und Geschick propagiert. Susan George diagnostiziert treffend: »Sie haben begriffen, daß es zur Durchsetzung ihrer Überzeugungen materieller Infrastrukturen bedarf. Sie haben begriffen, daß diese Strukturen weitgehend intellektuelle Superstrukturen bestimmen – das ist es, was Gramsci mit dem hegemonialen Projekt des Kapitalismus meinte: Entscheidend ist, in die Köpfe der Menschen zu gelangen, dann gewinnst Du ihr Herz, ihre Hände und ihr Schicksal.«²⁴ Und sie spricht damit zugleich einen Mangel an: »Nicht nur vertraute die Linke zu lang auf ihre intellektuelle Überlegenheit, ruhte in der Überzeugung, es bedürfe keiner Anstrengungen, ihre Positionen zu begründen, sie machte sich naiverweise auch keine Gedanken über die wachsende intellektuelle Kraft der Rechten, die schon bald hegemonial werden sollte.«²⁵ Mit der populären Version des Neoliberalismus, Margret Thatchers »There is no alternative«, erreichte diese zunächst elitäre Ideologie über die Think Tanks hinaus die Alltagskultur.

Gegen diese erfolgreiche geistig-kulturelle Offensive nahmen die globalisierungskritischen Bewegungen der Zapatisten in Chiapas/Mexiko seit Mitte der neunziger den Begriff auf und besetzten ihn sukzessive neu. Ihre Kritik setzt dabei ebenfalls an den negativen Freiheiten an, liest die Versprechungen dieses Freiheitsbegriffs aber vom Verschwinden bisheriger positiver Freiheiten auf Kosten negativer her²⁶: die ökonomische Globalisierung nach der Ideologie des Neoliberalismus erfolgt auf Kosten sozialer, ökologischer und politischer Rechte und wird von daher als teilweise unvollständig, vollkommen ungenügend oder generell nicht korrekturfähig charakterisiert. Die neuen Koalitionen reichen von Globalisierungspropheten über Globalisierungskritiker bis zu Globalisierungsgegnern. Sie wollen zurück zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat, arbeiten an einem neuen Gesellschaftsvertrag oder wünschen eine Deglobalisierung. Michael Hardt und Antonio Negri beschreiben in ihrem Entwurf einer neuen Weltordnung diesen unabgeschlossenen Prozeß und die daraus folgenden Anforderungen an sozialistische Bewegungen: »Wir sollten in der Lage sein zu erkennen, daß hier nicht ein neuer Zyklus internationalistischer Kämpfe entsteht, sondern eine neue Qualität sozialer Bewegungen auftaucht. Wir sollten, mit anderen Worten, in der Lage sein, die grundlegend neuen Charakteristika zu erkennen, die alle diese Kämpfe ungeachtet ihrer radikalen Verschiedenheit aufweisen. Zum ersten springen alle diese Kämpfe, obwohl sie in lokalen Verhältnissen fest verankert sind, sofort auf die globale Ebene und greifen die Konstitution des Empire ganz allgemein an. Zum zweiten zerstören all diese Kämpfe die traditionelle Unterscheidung zwischen ökonomischen und politischen Kampf. Sie sind gleichzeitig ökonomisch, politisch und kulturell – es sind biopolitische Kämpfe, ihr Einsatz ist die Lebensform. Es sind konstituierende Kämpfe, die neue öffentliche Räume und neue Formen von Gemeinschaft schaffen.«²⁷

Die hier knapp dargestellte Neoliberalismus-Kritik geht also davon aus, daß es sich beim Neoliberalismus um eine Ideologie handelt, die abhängig von den Gegebenheiten der Staaten in unterschiedlicher Art und Weise sowie in einem unterschiedlichem Umfang durchgesetzt wird. Der Begriff ist nach wissenschaftlichen Kriterien sicher un-

24 George, Susan: Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten in: Candéias, Mario/Deppe, Frank: Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg, 2001, S. 214 f.

25 ebenda, S. 215

26 Mander, Jerry/Goldsmith, Edward: Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern [engl. 2001] München, 2002

27 Hardt, Michael/Negri, Antonio: Empire. Die neue Weltordnung [engl. 2000], Frankfurt/M., 2002

28 Neben den zitierten Texten vgl. zum Neoliberalismus: Bourdieu, Pierre: Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität [frz. 1998] zit.nach: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz, 1998; Chomsky, Noam: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung [engl. 1999], Hamburg, 2000; George, Susann: A Short History of Neoliberalism. Conference on Economic Sovereignty in a Globalising World, March 24-26, 1999 URL: <http://www.zmag.org/CrisesCurEvts/Globalism/george.htm>; Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg, 2000

29 Zur Veränderung der Arbeitsmarktpolitik: »...Wir brauchen deshalb Zuständigkeiten und Leistungen aus einer Hand. Damit steigern wir die Chancen derer, die arbeiten können und wollen. Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf einer Höhe – auch das gilt es auszusprechen –, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird. Wir kommen gleichzeitig den Menschen entgegen, denen wir mehr abverlangen müssen. ...«
Zur Veränderung der Gesundheitspolitik: »...Erfolg werden wir nur haben, wenn zwei Ziele unstrittig sind: hohe Qualität der Gesundheitsversorgung und kostenbewusstes Verhalten von Ärzten, Krankenkassen, Kliniken, Apothekern, Pharmaunternehmen, aber auch der Versicherten. ... Wir verlangen der Gesellschaft heute etwas ab, aber wir

scharf. Da er aber in der politischen Diskussion etabliert ist, sollte er nach seiner Relevanz für diesen Kontext beurteilt werden. Aus dieser Perspektive macht ihn seine Umdeutung und Neubesetzung zu einem Schlagwort der Gesellschaftskritik außerordentlich politisch wirkungsmächtig. Schon die Verwendung des Begriffes drückt eine Thematisierung, Wertung und Kritik aus²⁸. Und der Begriff trifft schließlich auch wesentliche Momente der bundesrepublikanischen Wirklichkeit, weil z. B. das Menschenbild des Hartz-Konzeptes durchaus dem des Neoliberalismus entspricht. Die Ich-AG wird als die einzige Möglichkeit offeriert, in der der Mensch durch sein Anvertrauen an die marktbestimmte gesellschaftliche Evolution seine Freiheit zurückgewinnen kann, indem er sich selbst auf seine ökonomisch marktgängig zu machenden Funktionen bescheidet. Die letzte Regierungserklärung und insbesondere die darin angekündigten Änderungen in der Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik²⁹, bestätigen dieses Menschenbild und damit den steigenden Einfluß neoliberaler Konzepte³⁰.

Mitte-Unten-Optionen und Mitte-Links-Bündnisse

Die Diskussionen um die PDS als Partei und das Verhältnis zum Neoliberalismus kulminieren in der Diskussion um das Konzept der Mitte-Unten-Optionen. Dieses soll nach der Meinung seiner Kritiker wie auch einiger Verteidiger auf der Ablehnung parlamentarischer Bündnisse beruhen. Man könnte sagen: je höher die Chancen sind, die im Parteienstaat gesehen werden und je niedriger die Bedrohung durch den Neoliberalismus eingeschätzt wird, desto eher tendiert diese Kritik zu einer hohen Bedeutung der parlamentarischen Funktion der PDS. Umgekehrt wird der außerparlamentarischen Funktion der PDS tendenziell eine höhere Bedeutung zugewiesen, wenn die Chancen des Parteienstaates als geringer und die Bedrohung durch den Neoliberalismus als höher eingeschätzt wird. Allerdings ist diese Metapher einer Waage und noch mehr die eines Entweder-Oder unglücklich. Es geht nicht um eine Alternative sondern um verschiedene Handlungsmöglichkeiten der PDS, die sich gegenseitig ergänzen und eben nicht ausschließen. Teilweise treffend können sich die Kritiker und einige Verteidiger der Ablehnung parlamentarischer Bündnisse bei ihrer Interpretation auf den Geraer Leitantrag und die Eröffnungsrede berufen. Die letzte Fassung des in Gera gestellten und Mehrheit gewordenen Leitantrages »Kein weiter so. Zukunft durch Erneuerung« stellt eine Formulierung vor, die mit dem zu Grunde liegenden Konzept kaum mehr etwas zu tun hat.

Im Konzept der Mitte-Unten-Optionen werden drei verschiedene Ebenen unterschieden, auf denen die PDS ihre Möglichkeiten je spezifisch ergreifen soll³¹. Auf der ersten Ebene der öffentlichen Meinung und der alltagskulturellen Vorstellungen geht es darum, die Hegemonie der populär gewordenen neoliberalen Vorstellungen in Frage zu stellen und an der Etablierung einer neuen Hegemonie mitzuwirken. Mit diesem kulturellen Projekt soll z. B. das Verständnis für das Verhältnis zwischen »Kapitallogik« und »Soziallogik« zugunsten der letzteren verschoben werden, um zivilgesellschaftliche Organisationsformen gegenüber dem Markt zu stärken. Das setzt voraus, diese Freiheit in der Lebensgestaltung und die Freiheit sich dazu selbst zu organisieren, in der Öffentlichkeit zu verteidigen und die Menschen

zu derartigen Formen des Engagements zu bewegen. Potentielle Ansprechpartner sind alle diejenigen, die selbstbestimmt und solidarisch leben wollen und die sich dafür einsetzen, daß diese Rechte auch jedem anderen zur Verfügung stehen. Die Betonung des selbstbestimmten Lebens macht die Trennlinie zum autoritären Fürsorger staatssozialistischer bzw. -konservativer Prägung deutlich. Die Hervorhebung des solidarischen Lebens markiert die Grenze zu den neoliberalen Vorstellungen, die die negativen Freiheiten nicht als Bedingung sondern als einzig mögliche Freiheiten verstehen. Auf die zweite Ebene wird die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, Verbänden und Netzwerken von globalisierungskritischen Bewegungen, über lobbyistische Verbände bis zu Bürgerbewegungen projiziert. Ziel ist hier, gegenseitig gleichberechtigte Verhältnisse aufzubauen. In diese Verhältnisse bringt jeder seine spezifischen inhaltlichen und organisatorischen Besonderheiten ein, wodurch alle, faktisch durch Tausch, voneinander profitieren können. Damit die Partner Verschiedenes zum Tausch anbieten können, was jeweils für den anderen von Interesse ist, müssen alle ihre Stärken selbstbewußt entwickeln, vertreten und einbringen. Auf der dritten Ebene schließlich sind parteipolitische Bündnisse in- und außerhalb von Parlamenten gemeint. Hier geht es also darum wie opponiert, toleriert und koalitiert wird und wie dies in der Krise des Parteienstaates zu erfolgen hat. Ziel sollte es sein, die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu verteidigen und, sofern es die parlamentarischen Machtverhältnisse erlauben, zu erweitern. Die strategische Option auf dieser Ebene ist ein Mitte-Links-Parteienbündnis, zu dem keine Alternative absehbar ist.

Diese drei Ebenen bilden keine Hierarchie, nach der ein Wandel der dominierenden Vorstellungen zeitlich einem Mitte-Links-Parteienbündnis vorausgehen muß. Beispiele für umgekehrt erfolgte politische Veränderungen aus der jüngeren bundesrepublikanischen Geschichte sind die Umweltpolitik und die Einführung der GreenCard. Die Änderung des Umweltbewußtseins erreichte durch außerparlamentarische Bewegungen, wie etwa das Wirken von Greenpeace und der frühen Grünen, erst eine breite Wirkung. Hier ging das außerparlamentarische politische Agieren dem Wandel der dominierenden Vorstellungen voraus. Bei der Einführung der GreenCard dagegen ging das Agieren des parlamentarischen Bündnisses dem Wandel der öffentlichen Meinung voraus. Vor der Einführung der GreenCard gab es in der öffentlichen Meinung eine deutliche Skepsis und Ablehnung, die sich aus teils instrumentalisierten Ängsten vor potentiellen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt und einer Abneigung gegen Ausländer speiste. Nach der Einführung der GreenCard korrigierte die Bevölkerung die früheren Vorurteile weitgehend, weil sie sich im Alltagsleben als irrelevant erwiesen oder widerlegt wurden.

Diese Handlungsmöglichkeiten auf drei Ebenen, und nicht nur das Agieren auf der Ebene sozialer Aktionsbündnisse, sind die Mitte-Unten-Optionen. Was damit ganz gewiß nicht gemeint ist, ist die organisatorische Verwandlung der PDS von einer Partei in eine Bewegung³² und die soziale Ausrichtung der PDS vom Engagement für alle Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen³³ hin zu einer PDS, für der Menschen erst unterhalb eines bestimmten Einkommens interessant werden. Daran können alle diejenigen anknüpfen, die die PDS

tun es, damit den Menschen neue Chancen eingeräumt werden, Chancen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Höchstleistungen zu erbringen. ...« Regierungs-erklärung vom 14. 03. 2003 »Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung« URL: www.bundestkanzler.de (Hervorhebungen vom Autor)

30 Die im aktuellen Referentenmaterial des Parteivorstandes der PDS zum Hartz-Konzept präsentierte Kritik verwendet ebenfalls den Titel »Neoliberalismus«. Sie ist allerdings eine Neuauflage der keynesianischen Kritik in der Folge der klassischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. Hingewiesen sei darauf, daß damit weder das Menschenbild noch die geistig-kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zum zu lösenden Problem werden können. URL: http://www.pds-online.de/politik/themen/hartz_auseinandersetzung/view_html?zid=3&bs=1&n=8 Schließlich sind neoliberale Konzepte vom Einsatz der Bundesregierung etwa gegen die Schwarzarbeit, für eine beschleunigte Vermittlung und generell für aufgabengerecht organisierte Arbeitsämter zu unterscheiden.

31 Chrapa, Michael: Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002, rls Standpunkte 02/2002, S. 4 ff.; Brie, André/Brie, Michael/Chrapa, Michael: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS, Berlin 2002, rls Standpunkte 07/2002, S. 9 ff.

32 Chrapa, Michael: Parteien der Zukunft, Vortrag München 18.05.2002, URL: <http://www.gegenentwurf-muenchen.de/partchra.htm>

33 Klein, Dieter (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, rls-Manuskripte 38, Berlin 2003, S. 244, 297

34 Zukunft durch Erneuerung. Leitantrag an der Geraer Parteitag der PDS 12./13. 10. 2002

35 Weber, Max: Politik als Beruf [1919], zit. nach Gesammelte Politische Schriften, UTB 1491, Tübingen, 1986, S. 450

über ihre parteipolitische Identität innerhalb des parlamentarischen Systems hinaus verstehen und sofern sie gegenüber Regierungsbeteiligungen keine ablehnende Position haben. Die Mitte-Unten-Optionen sollten für die gesamte PDS attraktiv sein, weil ein Wandel der öffentlichen Meinung und stabile soziale Bündnisse die Gestaltungs- und Darstellungsmacht in der Gesellschaft kontinuierlich und erhöhen kann.

Schluß: Von Gera nach Chemnitz

Der Geraer Leitantrag formulierte statt dessen ein anderes Konzept aus: »Mit dem Übergang bedeutender Teile der Sozialdemokratie in das Lager des Marktliberalismus, europaweit, fehlen wesentliche Voraussetzungen für ein traditionelles Mitte-Links-Parteienbündnis. ... Auf die Tagesordnung muß ein neues gesellschaftliches Bündnis für soziale Gerechtigkeit von Menschen, die sich ganz unten und jenen, die sich der Mitte der Gesellschaft zugehörig fühlen.«³⁴ So reduzierte der Leitantrag die Mitte-Unten-Optionen von ursprünglich drei Ebenen auf eine und verwandelte er diese eine Ebene in ein Mitte-Unten-Bündnis. Verstand das ursprüngliche Konzept Politik eher als »ein starkes und langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich«³⁵, wird im Leitantrag auch eine andere Vorstellung von Politik präsentiert. Der Leitantrag kündigt einen Paradigmenwechsel an, der metaphorisch das große Andersherum beschwört.

Leitanträge und Parteitage sind nur sehr begrenzt theoriefähig und folglich auch nur eingeschränkt kritisierbar. Dafür, daß die Mitte-Unten-Optionen schon bei den Parteitage delegierten der PDS wie auch in den auf Gera folgenden Diskussionen kaum gegenwärtig ist, und daß es folglich in einer anderen Form diskutiert und genutzt wurde, gibt es mehrere Gründe. Das Konzept wurde in der emotionalisierten und ideologisierten Diskussion als Ersatz für Programmatik, Strategie und situative Handlungskonzepte genommen, eingesetzt und damit bis zur Unkenntlichkeit überdehnt. Es kann eine Programmatik nicht ersetzen und die Unschärfe des programmatischen Rahmen der PDS erlaubt gegensätzliche Interpretationen. Es ist keine Strategie, die hinsichtlich der verschiedenen Handlungsfelder ausdifferenziert sein muß. Es kann keine Konzepte für das alltägliche situative Handeln ersetzen. Und es kann schließlich konkrete Anschlüsse von Programmatik, Strategie und situativen Handlungskonzepten an die Alltagsaufgaben nicht ersetzen.

Die originäre Fassung der Mitte-Unten-Optionen fordert einige in der PDS, ihr Bündnisverständnis zu korrigieren: außerparlamentarische Bündnisse ohne einen Rückhalt in der öffentlichen Meinung und in den Parlamenten sind kaum dauerhaft und belastungsfähig. Mit der Reformulierung im Leitantrag brauchen sie ihre ablehnende Position gegenüber Regierungsbeteiligungen nicht mehr zu korrigieren. Statt auf der parlamentarischen soll auf der außerparlamentarischen Ebene agiert werden. Andere werden damit zunächst darauf verwiesen, daß parlamentarische Koalitionen keinen Selbstzweck haben und das sie in ihren positiven wie negativen Folgen die gesamte PDS betreffen. Auch ihr wohlverstandenes Eigeninteresse wurde angesprochen: Koalitionen haben größere Möglichkeiten und über eine Legislaturperiode hinaus, wenn sie einen Rückhalt in der öffentlichen Meinung haben und durch außerparlamentarische Bündnisse gestützt sind. An die Re-

formulierung in der zitierten Fassung des Geraer Leitantrages dagegen können sie nicht mehr anknüpfen, weil Regierungsbeteiligungen damit unterhalb einer absoluten Mehrheit im Parlament kaum begründbar sind, Koalitionen generell unter Opportunismusverdacht und insofern unter einem nicht erfüllbaren Rechtfertigungsdruck stehen. Aus dieser Perspektive war es nur konsequent, wenn die Reformulierung der Mitte-Unten-Optionen im Leitantrag von einigen nicht mitgetragen wurde, wie die ursprüngliche Fassung der Mitte-Unten-Optionen von anderen hätte kaum mitgetragen werden können.³⁶

Allerdings treibt die Kritik seit Gera zuweilen auch sonderbare Blüten. So wird der Kritik am Parteienstaat die fehlende Klassenanalyse vorgeworfen. Anders herum wird sie als Parlamentarismuskritik in der Nähe totalitärer Gemeinschaftsutopien gesehen. So sehr sich beide Kritiken im Ergebnis unterscheiden, sind sie doch in ihrer Art gleich: sie überspringen eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Parteienstaat, verharren bei ihren unsachlichen Vorstellungen und präsentieren diese Vorurteile als eine politische Kritik. Auch der Kritik am Neoliberalismus wurde irgendwo der Mangel an marxistisch-leninistischer Analyse vorgeworfen. Spiegelbildlich wird von anderen eine zu große Nähe reklamiert. Hier wird es bizarr: mit Etiketten mögen sich einige der anheimelnden Atmosphäre linkssektiererischer Weltferne und theoretisch reiner Leere versichern; andere mag die theoretische Denunziation erwärmen – beides allerdings verfehlt das Problem. Dem Koalitionsverständnis schließlich wird die mangelnde Entschiedenheit vorgeworfen. Auch hier sind sich beide bemerkenswert einig: der Wunsch nach einer pauschalen Nicht-Regelung der Kriterien oder umgekehrt nach genauso pauschalen Restriktionen atmet denselben Geist: die Fähigkeit, sich in der Situation und in der Koalition jeweils selbst zu entscheiden, wird der PDS abgesprochen. Müßte sich die PDS aber mit derart prinzipiell-vormundschaftlichen Beschlüssen selbst entmündigen³⁷, wäre sie keine politische Partei mehr, geschweige denn eine emanzipatorische. Diese Kritiker erinnern an die verfeindeten Brüder, die sich entweder mit ihren Eltern identifizieren oder sich dagegen an ihnen abarbeiten und die in ihrem Streit übersehen, daß die Eltern längst verschieden sind und sie beide ihr Leben nun selbst zu meistern haben.

Die seit Gera zu Tage getretenen sachlichen Differenzen sind nachvollziehbar. Gerade weil die Differenzen quer durch die früher als kompakt erklärten Strömungen der PDS gehen, könnten sie den Klärungsprozess innerhalb der PDS vorantreiben, der offenbar längere Zeit gescheut wurde. Die augenblickliche Krise, aber auch die mittelfristig in jeden Falle unvermeidbare Programm- und Strategiedebatte geben dabei neuen Raum für Revisionen, neue Koalitionen und vor allem eine neue Politik. Neue Ideen und Ressourcen sind dennoch erforderlich; was für ein Gewinn das sein kann, haben die Gastredner auf dem Friedensparteitag der PDS allen vor Augen geführt. Die Differenzen sind aber nicht nur diskussionsfähig, sondern auch entscheidungsbedürftig. Beides ist auf einem hohen Niveau möglich, wenn sich die eigene Position nicht auf eine Ablehnung der jeweils anderen beschränkt, wenn nicht der Anspruch erhoben wird, als einziger persönlich recht oder gar die einzig wahre wissenschaftliche Weltanschauung zu haben und wenn man nicht meint, die Uhr auf 2002 oder früher zurückdrehen zu können.

36 Daß die Verteidigung außerparlamentarischer Bündnisse automatisch mit einem entsprechendem Engagement einhergeht und daß die Verteidigung parlamentarischer Koalitionen per se einem Konzept folgt, ist allerdings nicht zwingend. Wolfram Adolphi hat in seiner Geschichte des »Forum 2000plus!« treffend das Gegenteil festgestellt: Die steckengebliebene Öffnung. Das Schicksal des »Forum 2000plus!« der PDS in: UTOPIE kreativ Heft 150 (April 2003), S. 305 f.

37 Brie, Michael: Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS der Diskussion in: Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe, rls-Manuskripte 36, Berlin 2002, S. 12